

Das Zuwanderungsgesetz ist ein wichtiger Schritt

„Einmal gescheitert, immer gescheitert, weitermachen“

Von Rita Süßmuth



„Bewegungen von Menschen über Grenzen und von Grenzen über Menschen können zu kultureller Bereicherung führen. Der Weg dahin ist aber nur im sozialromantischen Märchen eine fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit war und ist die multikulturelle Herausforderung oft auch bestimmt durch Spannung, Reibung und Konflikt. Schlimmstenfalls kann sich der Weg sogar in Destabilisierung, Zerrüttung oder im Gruppenkampf aller gegen alle verlieren.“

(Klaus J. Bade, 1996, Die multikulturelle Herausforderung. Menschen über Grenzen – Grenzen der Menschen)

Die zwei Szenarien, die hier beschrieben werden, scheinen mir sehr realitätsnah zu sein. Gleichwohl sind sie aber nicht als Zwangsläufigkeit zu verstehen. Denn bezüglich der individuellen und gesellschaftlichen Gestaltung der Form des Zusammenlebens mit unterschiedlichen Kulturen fällt gegenwärtig auf, dass das, was wir überwunden glaubten, Urstände feiert: Integration mit Assimilation gleichzusetzen. Auf einen kurzen Slogan gebracht: Lerne deutsch, denke deutsch, handle deutsch.

Diese Vorstellung spielt sich zurzeit in einer Reihe von europäischen Gesellschaften ab. Aber wie ist sie eigentlich entstanden? Ich habe bis vor zwei Jahren in der Europäischen Union (EU) eine andere Offenheit erlebt. Einen Gestaltungswillen, der bestimmt war von den anstehenden Problemen nicht gelungener Integration, aber mit einer Selbstverständlichkeit im Denken eines interkulturellen Integrationsverständnisses, nicht eines Assimilationsverständnisses. Ich gehe nicht so weit zu behaupten, das sei nun tot. Aber im Augenblick dominiert das Assimilationsdenken in der politischen Debatte und ich befürchte, dass es weiter schreitet. Woher aber rührt diese diffuse Angst vor Überfremdung und Bedrohung der eigenen Kultur? Diese Angst, die um so größer zu sein scheint, wenn man nicht weiß, was das Eigene ist: Je schwächer die Eigenidentität, desto größer die Abwehr.

In Deutschland sehe ich zwei gefährliche Tendenzen: Zum einen die polarisierende à la „Das Boot ist voll!“. Zum anderen haben wir es mit Wirkungen zu tun, die in einem Konzept von interkulturellen Konfliktstrategien liegen: der vermeintlichen Unvereinbarkeit von Kulturen.

Zögerliche Politik

Die Politik ist dafür mit verantwortlich. Denn solange wir in Deutschland stur und steif behauptet haben: „Wir sind kein Einwanderungsland!“ und „Die Immigranten kehren bald in ihre Heimat zurück“, hat sowohl für die Zugewanderten als auch für uns Deutsche keine Dringlichkeit bestanden, sich intensiver miteinander zu befassen. Aber als mehr und mehr Geschäfte und Unternehmen gegründet und Moscheen gebaut wurden, nahm das vermeintliche Bedrohungspotenzial zu, weil die Problematik weder thematisiert noch gestaltet wurde. Das ist für mich ein ganz entscheidender Punkt. Im Gespräch mit eher ausbalancierten Vertretern des niederländischen Parlaments heißt es: „Wir sehen ja, dass diese Integrationsgesetzgebung in den Niederlanden keine schlechte war, aber sie kam viel zu spät und sie hat bisher nicht genug bewirkt.“ Das gilt auch für Deutschland: Der bestehende Reformstau hat massive negative Auswirkungen. Alle beteuern, dieses Zuwanderungsgesetz nicht zu wollen, aber dringend Integration zu brauchen. Ich weiß, dass diesem

Gesetz viele Schwächen innewohnen, aber nochmals aufschieben? Es ist allemal besser, mit dem bestehenden Gesetz anzufangen, als in einer typisch deutschen Attitüde an dem perfekten Gesetz zu feilen. Denn mit diesem Perfektionismus löst man keine Probleme. Vielmehr kommt es jetzt entscheidend darauf an, sowohl die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen als auch auf ihr Verantwortungsgefühl und ihre Einsicht zu vertrauen. Integration ist ein länger dauernder Prozess – von beiden Seiten her übrigens. Aber es ist essenziell, die Thematik endlich aufzunehmen.

Bereicherung, nicht Belastung

Die Diskussion in Deutschland war – sicherlich mit bedingt durch hohe Flüchtlingszahlen Anfang der 90er Jahre – bestimmt durch das Wort Belastung, nicht durch das Wort Bereicherung. Mir ist wichtig, dass wir hier nicht nur den Arbeitsmigranten als Bereicherung sehen, sondern das Bild vom Flüchtling massiv korrigieren. Betrachten wir beispielsweise die These von der Einwanderung in die Sozialsysteme – das ist für mich nun wirklich Hohn und Spott. Denn eines der größten Probleme der Integration ist das Arbeitsverbot. Wenn ich ein dreijähriges Arbeitsverbot erteile – wie es bis 2001 bestanden hat –, wohin sollen die Immigranten eigentlich einwandern als in die Sozialhilfesysteme? Sie können höchstens noch in die Schwarzarbeit flüchten. Jetzt haben wir zwar das Arbeitsverbot auf ein Jahr verkürzt, aber auch im neuen Gesetz bleibt es bei beträchtlichen Restriktionen: Arbeitszugang nur dort, wo diese Stelle nicht mit einem Deutschen besetzt werden kann. Wir sollten uns daher einmal über unsere eigenen Widersprüche klar werden, bevor wir sagen: „Die wandern alle in unser Sozialsystem ein.“

Der Irrglaube der EINEN Identität

Es gilt, Vorurteile abzubauen und sich mit den anderen Kulturen zu befassen, neugieriger, aber auch vertrauter zu werden. Entscheidende Größen sind dabei Bildung

– einschließlich beruflicher Bildung – und Arbeit. Vor allem bedarf es ganz dringend der Einsicht, dass wir Menschen nicht nur eine Identität haben, die wir Deutsche wie selbstverständlich den Ausländern abverlangen, sondern dass es mehrere gibt. Daraus kann sich ein friedliches Miteinander entwickeln, ohne die ursprüngliche Identität aufgeben zu müssen. Entscheidend ist, dass ich in verschiedenen Konstellationen und Umwelten auch mit jeweils anderen Erwartungen und Vorstellungen an mich selbst und die anderen herangehe. Und dass dieses Miteinander und Nebeneinander es auch möglich machen muss, das Andere zu leben. Denn Heimat kann für den einen sein, wo er herkommt, für den anderen, wo er Heimat gefunden hat, und für den Dritten beide Formen von Heimat.

Unser deutsches Staatsbürgerschaftsverständnis hat wenig zu tun mit den Realitäten des 21. Jahrhunderts und ist trotz des ersten Schrittes der Reform voller Widersprüche: Es beinhaltet den alten Gedanken der Abstammung, kommt aber nicht umhin, auch das Territorialprinzip zu nennen. Dann gibt es noch die doppelte Staatsbürgerschaft und die EU-Bürger, die kommunales Wahlrecht haben, während die anderen Ausländer von sämtlichen Wahlen ausgeschlossen sind. Jetzt haben wir auch noch das Minderjährigenstaatsangehörigkeitsrecht. Offensichtlich machen wir nur halbe Dinge, kreieren immer wieder neue Widersprüche und schaffen Ausnahmeregelungen. Aber ich habe inzwischen gelernt, dass man oft erst über die Ausnahmeregelung zu neuen Regelungen kommt.

Für mich ist viel entscheidender, dass wir uns Folgendes deutlich machen: Was wäre denn, wenn ich morgen meine deutsche Staatsbürgerschaft abgeben sollte? Brächte mich das nicht in Konflikte? Und was, wenn ich sie um eine zweite erweitern möchte? Deswegen muss ich nicht illoyal sein, denn in jedem von uns steckt mehr als eine Identität. Natürlich muss ich mich aber entscheiden. Und dies setzt voraus, dass wir uns einigen auf das, was in den

Verfassungen des Aufnahmelandes vorgegeben ist. Für mich ist das: Das Ja zur demokratischen Kultur und das Nein zu einem Fundamentalismus mit Absolutheitsansprüchen.

Weitermachen!

Wenn wir in der Entwicklung interkultureller Gesellschaften nicht nur bei uns, sondern weltweit zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Ethnien, Angehörige verschiedener Kulturen und Religionen miteinander leben, miteinander leben wollen und miteinander leben müssen, dann hat es keinen Zweck, ständig wieder neu das rückwärts gewandte Bild von der homogenen Gesellschaft zu entwickeln. Dieses Bild steht uns ständig im Wege in der Erweiterung unseres eigenen Lernens. Ich bin sehr dafür, dass die Einheimischen sich ihrer Kultur sehr bewusst sind; aber auch, dass ich durch die Hinzunahme anderer Kulturen meine eigene erweitere. Nationen, die innovativ bleiben wollen, erweitern sich durch die anderen und bleiben nicht bei sich selbst. Dies geschieht zum Einen durch das Wissen um Kulturen – meine eigene und die andere. Zum Anderen ist zu klären, wie viel Gemeinsamkeit man braucht und wie viel Vielfalt möglich ist, statt zu fragen: Bedroht uns alles, was fremd ist?

Wir sehen allzu oft nur das Negative, reden beispielsweise immer über die Minderheit der Nichtintegrierten statt über die 70 Prozent und mehr gut Integrierter. Ich bin bei aller Deprimiertheit über die gegenwärtigen Entwicklungen in Deutschland und Europa dennoch davon überzeugt, in Sachen Migrationspolitik durchzuhalten und weiterzumachen, ganz nach dem Grundsatz von Samuel Beckett: „Einmal gescheitert, immer gescheitert, weitermachen.“

Rita Süßmuth war Vorsitzende der Unabhängigen Kommission für Zuwanderung der Bundesregierung (2000/2001); war Präsidentin des Deutschen Bundestages (1988-1998) und Bundesministerin (1985-1986). Seit 1971 ist sie Professorin für Erziehungswissenschaft.